



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 26. Februar 2013 (28.02)  
(OR. en)**

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2009/0064 (COD)**

---

**6687/13  
ADD 1**

**EF 29  
ECOFIN 128  
DELECT 6**

**ADDENDUM ZUM I/A-PUNKT-VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für den AStV/Rat

---

Nr. Komm.dok.: 18038/12 EF 323 ECOFIN 1100 DELACT 57

---

Betr.: DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) Nr. .../.. DER KOMMISSION vom  
19.12.2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen  
Parlaments und des Rates im Hinblick auf Ausnahmen, die Bedingungen für die  
Ausübung der Tätigkeit, Verwahrstellen, Hebelfinanzierung, Transparenz und  
Beaufsichtigung  
- Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben  
= *Erklärungen*

---

**Erklärung Finnlands, Dänemarks, der Tschechischen Republik, Lettlands, Schwedens,  
Irlands, der Niederlande, des Vereinigten Königreichs, Deutschlands, Österreichs,  
Luxemburgs und Portugals**

Finnland, Dänemark, die Tschechische Republik, Lettland, Schweden, Irland, die Niederlande, das  
Vereinigte Königreich, Deutschland, Österreich, Luxemburg und Portugal sind besorgt darüber, wie  
im Rahmen des Nach-Lissabon-Prozesses delegierte Rechtsakte erlassen werden.

Zunächst weicht der Entwurf eines delegierten Rechtsakts der Kommission für die AIFM-  
Verordnung in mehreren Bereichen von den Empfehlungen der ESMA ab, ohne dass dies erläutert  
wird. Die Empfehlungen der ESMA werden durch einen transparenten und eingehenden  
Konsultationsprozess erzielt und bieten Expertenwissen der europäischen Aufsichtsbehörden.

Obgleich wir darüber hinaus anerkennen, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, den Empfehlungen der ESMA zu folgen, muss die Glaubwürdigkeit des Prozesses der Erlasses delegierter Rechtsakte gewährleistet sein. Eine Möglichkeit, Fortschritte zu erzielen, bestünde in einer offenen Konsultation der Mitgliedstaaten. Wir fordern die Kommission daher nachdrücklich auf, in Zukunft bei der Ausarbeitung delegierter Rechtsakte einen offeneren und stärker konsultativ ausgerichteten Ansatz zu befolgen.

Schließlich ist der Entwurf eines delegierten Rechtsakts für die AIFM-Verordnung äußerst weit gefasst und hat erhebliche Auswirkungen auf die Umsetzung der Stufe-1-Richtlinie. Der Ermessensspielraum auf nationaler Ebene ist stark eingeschränkt. Lediglich von Ende März bis Mitte April des vergangenen Jahres hatten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, zu dem Entwurf des delegierten Rechtsakts Stellung zu nehmen. Angesichts des Umstands, dass bereits in der Stufe-1-Richtlinie zahlreiche Einzelheiten geregelt werden, stellt dieses umfangreiche und undurchsichtige Element des AIFM-Regulierungspakets eine enorme Herausforderung für die Anhörungen der Beteiligten und den parlamentarischen Prozess in den Mitgliedstaaten dar.

---